

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatl. 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, L.-G., Berlin S. 14 - Postkassent. Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftsteller: Fritz Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adlestraße 16  
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsverzeichnisse

### Zentrum und Zollvorlage

Seit Jahrzehnten hat die Zentrumspartei für sich den Ruhm in Anspruch genommen, eine Arbeiterpartei zu vertreten. Sie wies dabei mit Stolz hin auf ihre großen Führer, deren soziales Empfinden über jeden Zweifel erhaben sei; sie wies auch darauf hin, daß in ihren Reihen Arbeiter und Arbeitervertreter ständen, die die Lage der werktätigen Masse aus eigener Anschauung kennen gelernt hätten und die deswegen die geeigneten Persönlichkeiten seien, wenn es gelte, den Arbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen. Zur Begründung dieser Stellungnahme wurde auf den sozialen Charakter des Christentums verwiesen und auf die Erklärungen der Päpste der letzten Jahrzehnte, die bei jeder Gelegenheit den sozialen Gehalt des Christentums betont und eine praktische Tätigkeit der Partei im Sinne des christlichen Sozialismus gefordert haben.

Es mag dahingestellt bleiben, wieviel von dieser Betonung des praktischen Sozialismus auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete aus der christlichen Gesinnung entsprungen ist, wie sie der Stifter des Christentums nach den Evangelien an den Tag gelegt hat, und wieviel diese Stellungnahme beeinflusst wird von der Notwendigkeit, um Arbeiterstimmen zu werben, die andernfalls der sozialdemokratischen Partei zufließen würden. Die Tatsache muß doch jedem Beobachter in die Augen fallen, daß die Arbeiterfreundlichkeit der Zentrumspartei wenigstens in jenen Gegenden stark betont wird, wo es darauf ankommt, der Sozialdemokratie Konkurrenz zu machen und ihr Wahlstimmen abzujagen. In Gegenden, wo dies nicht der Fall ist, weil das Zentrum dort über einen alteingesessenen Stamm von treuergebenen Wählern verfügt, wo man es also nicht nötig hat, den proletarischen Wählern Liebeshörigkeit zu sagen, in solchen Gegenden wird weder in den Zeitungen, noch in den Versammlungen auf diesen arbeiterfreundlichen Charakter der Zentrumspartei Gewicht gelegt. Dort wird vorwiegend das religiöse Gesicht des Zentrums hervorgehoben.

Da in der Zentrumspartei eine wirtschaftlich sehr unterschiedliche Wählerschaft vorhanden ist, so ist es erklärlich, daß diese Partei, die in religiösen und Weltanschauungsfragen eine geschlossene Einheit bildet, innerlich gespalten ist, wenn es sich um das Gebiet der Politik und der Wirtschaft handelt. In politischer Beziehung finden wir neben freiheitlich gesinnten, überzeugten Republikanern Leute, die ihre konservativ-reaktionäre, monarchistische Gesinnung nur mühsam verbergen. Ein Zentrumsgaun und ein Zentrumsarbeiter passen zusammen wie die Faust aufs Auge, und es ist für die Partei ein Glück, daß diese Gegensätze gegenwärtig unter der Oberfläche schlummern, aber noch nicht brennend geworden sind. Anders liegt die Sache im Gebiete des Wirtschaftslebens. Hier prallen die Gegensätze unvermittelt aufeinander. Daher beobachten wir jedesmal, wenn es sich um Fragen der praktischen Wirtschaftspolitik handelt, daß Unstimmigkeiten und Reibungen innerhalb der Zentrumspartei und ihrer Wählerschaft entstehen, die nur mit vieler Mühe und unter einem großen Aufwande diplomatischer Geschicklichkeit verkleinert werden können. Ein solcher schwieriger Fall liegt augenblicklich vor bei der Zollvorlage, die die Regierung im Reichstage eingebracht hat.

Die Regierung fordert unter dem Druck der Regierungsparteien, einschließlich des Zentrums, hohe Schutzzölle gegen die ausländischen Waren, die während des Krieges und in der Nachkriegszeit zollfrei eingeführt werden durften, weil wir sie nicht entbehren konnten. Die Regierung begründet diese Forderung mit der Behauptung, ohne einen Zollschutz werde die deutsche Industrie und Landwirtschaft durch den Wettbewerb des Auslandes zugrunde gehen. Aus diesem Grunde müßte die deutsche Verbraucherschicht die durch die Zölle erhöhte Preise auf sich nehmen, um dadurch den Gedanken einer Volksgemeinschaft zum Ausdruck zu bringen.

Hier können wir wieder die eigenartige Beobachtung machen, daß dann am allermeisten von einer Volksgemeinschaft gesprochen wird, wenn ein Volksteil sich auf Kosten eines andern Volksteils besondere Vorteile verschaffen will. Und in der Tat beobachten wir, daß gerade in der Zentrumspartei jetzt, wo es sich um Belastung der Arbeitermasse durch Zollwucher handelt, der Gedanke einer Volksgemeinschaft in den Vordergrund gedrängt wird. Ein Gedanke, von dem man nichts hört, wenn es sich darum handelt, etwas für die unteren Schichten zu tun. Nur ein einziges Beispiel:

Auf der Provinztagung der Windthorstbünde in Münster sprach der frühere Reichstagsler Wittich, der Führer des linken Zentrumsflügels, auch über die Zollfrage, wobei er sagte: „Das Zentrum hat wieder einmal die Aufgabe, an entsetzlichen Stellen den Ausgleich herbeizuführen zwischen den verschiedenen Ständen des deutschen Volkes. Die Regelung der Zollvorlage darf kein Agitationsmaterial werden zur Verradikalisierung der Arbeiterklasse. In der Agitation gehen schon jetzt die gefährlichen Worte um: Herabsetzung der Löhne, aber Verteuerung der Lebensmittel, geringe Auswertung, aber teures Brot! Es muß in dieser Frage ein Ausgleich gefunden werden zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft, das ist nicht nur für diese beiden Stände erforderlich, sondern auch eine Voraussetzung für die Weiterentwicklung unserer staatlichen Entwicklung.“ Man merkt in diesen Sätzen deutlich die Angst vor dem schlechten Eindruck, den die Zustimmung des Zentrums zu der Zollvorlage auf die breiten Massen der Arbeiterwähler ausüben wird. Deshalb versucht man auf die Gutmütigkeit dieser Massen einzuwirken, damit sie trotz neuer, höherer Be-

lastung dem Zentrum treubleiben. Nebenbei weist man auch noch darauf hin, daß eine Erhöhung der Lebensmittelpreise naturgemäß von einer Erhöhung der Arbeitslöhne begleitet sein werde, eine Behauptung, an die kein Kenner unseres Wirtschaftslebens glaubt.

Zweifelslos befinden sich die „geborenen Arbeitervertreter“ der Zentrumspartei gegenwärtig in einer äußerst schwierigen Lage. Der agrarisch-industrielle Einfluß ist in der Fraktion und draußen im Lande sehr stark — der Geldsack regiert auch hier —, und es ist deshalb nicht leicht für jene an Zahl nur kleine Schar von Leuten, die von ihren Wählern nach Berlin geschickt worden sind, um die Sache der Arbeiter zu vertreten, sich aus der Zwangsnähe herauszuwinden, in der sie stecken. Tatsächlich macht sich auch draußen im Lande, wo es starke Arbeiterorganisationen gibt, bereits eine erregte Stimmung gegen die Annahme der Zollvorlage bemerkbar. Diese Erregung muß aus der Welt geschafft, diese erregten Geister müssen beschwichtigt werden, und deshalb sind die Arbeiterabgeordneten des Zentrums krampfhaft bemüht, ihren Standpunkt in Wort und Schrift zu rechtfertigen. Dabei müssen sie natürlich ihren alten Standpunkt als Arbeitervertreter völlig verleugnen. Denn daß die neuen Zölle eine starke Verteuerung der Lebensmittel und damit eine große Verschlechterung der proletarischen Lebenshaltung im Gefolge haben werden, können sie beim besten Willen nicht bestreiten. Aber, sie suchen sich dadurch aus der Patzche zu ziehen, daß sie sagen, sie bewilligten die Zölle — nur ungern, mit blutendem Herzen, weil sie sich überzeugt hätten, daß die deutsche Wirtschaft ohne Zollschutz nicht mehr lebensfähig sei. Dabei haben alle unparteiischen Sachverständigen, Theoretiker wie Praktiker, übereinstimmend erklärt, daß die Zölle überflüssig seien und unserer Wirtschaft mehr schaden als nutzen würden. Doch was ver schlägt Theorie und Praxis jenen Leuten gegenüber, die in Vertretung kurzschichtiger Profitgier sich in den Wahn hineinversetzt haben, daß die Zölle die einzige Möglichkeit böten, unsere Wirtschaft vor dem Untergange zu retten?

Aber die schädliche Wirkung der Zölle auf die Arbeiterschaft sind sich die Arbeiterabgeordneten des Zentrums gar nicht im Zweifel. Schreibt doch der Abgeordnete Giesbers in einem Zeitungsartikel: „Zweck der Zölle ist, preis-erhaltend und preisstärkend auf die Erzeuger zu wirken. Sicherlich bringen die Agrarzölle in gewissem Umfange eine Verteuerung der Lebenshaltung, besonders jetzt. Die preistreibende Wirkung wird in den Zoll-erhöhungen voll und plastisch im Preis zum Ausdruck kommen. Es muß auch zugegeben werden, daß diese Belastung des Volkstums in einer Zeit eintritt, in der auch noch andere Umstände, zum Beispiel die Erhöhung der Mieten usw., den Haushalt belasten.“ Trotzdem tritt dieser Zentrums-Arbeiterabgeordnete für die Zölle ein. Das gleiche tun auch seine andern Kollegen, unter denen sich Angestellte und Führer der christlichen Gewerkschaften befinden. Wie diese Leute ihre Stellung zur Zollvorlage vor ihren Mitgliedern rechtfertigen wollen, ist ein Rätsel. Da werden vermutlich alle Winkelzüge und Vertuschungsmanöver nichts helfen. Auch das sogenannte *Zollkompromiß*, das die Regierungsparteien mit der Regierung abgeschlossen haben, soll nur dazu dienen, den Massen der Verbraucher Sand in die Augen zu streuen. Es wird ihm nachgesagt, daß es wesentliche Erleichterungen und Verbesserungen gebracht habe, in Wirklichkeit ist es noch viel schlechter und drückender als die ursprüngliche Vorlage.

Soviel steht unzweifelhaft fest: Die Zustimmung einer Partei oder eines Abgeordneten zur Zollvorlage bedeutet ein schweres Verbrechen an dem Wohl der proletarischen Massen und muß deshalb als Arbeiterberrat bezeichnet werden. Die Ausrede, daß diese Zustimmung notwendig sei, um einen Ausgleich zu schaffen zwischen den verschiedenen Volksschichten, ist hinfällige, weil niemals ein Ausgleich geschaffen werden kann dadurch, daß die eine Schicht schwer belastet wird und daß der andern Schicht ungeheure Vorteile zugesprochen werden. Ein gerechter Ausgleich muß auf Gegenseitigkeit beruhen, aber jener Ausgleich, auf den die Zentrumseleute pochen, schlägt der Gerechtigkeit ins Gesicht. Er hat seinen Grund darin, daß der agrarisch-industrielle, also der arbeitereindliche Einfluß im Zentrum stärker ist als der arbeiterfreundliche, der in Wahlzeiten stets in den Vordergrund gezerrt wird. Keine Partei kann auf die Dauer ihr eigentliches Wesen verleugnen, und so offenbart auch die Zentrumspartei wieder einmal ihren wahren Charakter als Vertreterin des Kapitals zum Nachteil und zum Schaden der Arbeitnehmerschaft. Es muß abgewartet werden, ob die Arbeiterwähler des Zentrums und die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften aus dieser Tatsache die nötigen Folgerungen ziehen werden.

### Eine Milliarde Goldmark und mehr noch

soll der Landwirtschaft aus den Lebensmittelzöllen zufließen!  
**150 Goldmark** und mehr noch soll ihr jeder Familienvater opfern! Um ein Zehntel und mehr noch soll sein Reallohn sinken!

### Das ist ein Geschäft...

Wenn man den Klappschjern des Unternehmertums Glauben schenken dürfte, so sind alle Fehler der daniederliegenden deutschen Wirtschaft nur an einem Punkte zu suchen, nämlich bei den Arbeitern. Die kürzlich der Reichsregierung überreichte Denkschrift der Vereinigung der Arbeitgeberverbände hat das Problem auf eine verblüffend einfache Formel zu bringen versucht, indem sie trotz beständig steigender Warenpreise, trotz Erhöhung der Verbrauchssteuern und trotz der Hochschuldböle die Gesundung der Wirtschaft nur durch Verzicht auf weitere Lohnerhöhungen und Einwilligung in eine Verlängerung der Arbeitszeit für möglich erklärte. Also immer wieder der bei den Unternehmern bekannte Satz: der Arbeiter ist das Hamsterrad!

Es hieße allzuoft Besagtes wiederholen, wollte man all die Gründe aufzählen, die dagegen sprechen; daß die Krankheit der Wirtschaft sich mit jener Unternehmerrücksicht beheben ließe. Aber weiß die Unternehmer in letzter Zeit wieder mit Vorliebe von den „maßlosen Forderungen“ und „ungerechtfertigten Ansprüchen“ der Arbeiter zu sprechen, ist es doch sehr angebracht, wenn einmal den großen Wählern im Unternehmerlager, den Aufsichtsräten, der Spiegel vorgehalten wird. Diese Arbeit braucht nicht erst von einem „übelwollenden Interessenten“ auf der Arbeitnehmerseite vorgenommen werden, sondern sie liegt vor in einer kleinen Schrift „Von den Aufsichtsräten, ihrer Bezahlung und ihrer Besteuerung“ von Gustav Graef (H. Michael Müller Verlag, München). Diese Schrift ist von einem Kandidaten verfaßt, denn der Verfasser ist einer von den zahlreichen Aktionären deutscher Aktiengesellschaften, denen von den Herren Aufsichtsräten das Fell über die Ohren gezogen wird. Graef führt seinen Kampf gegen das Aufsichtsratswesen um der kleinen Aktionäre willen, aber er liefert ungewollt den Arbeitern prächtiges Material gegen die Spitzen des Unternehmertums, die nicht müde werden, die angeblich unerträgliche Notlage der Wirtschaftsgewaltigen zu schillern.

„Ich halte unser Aufsichtsratswesen an sich für einen großen, dem Gemeinwohl sehr schädlichen Mißstand, ich betrachte es als eine der Ursachen der bei uns in neuerer Zeit mannigfach und weitverbreitet sich zeigenden Korruption.“ So beginnt die erwähnte Schrift, um dann sogleich auf den Kern des Problems loszukommen, daß nämlich die für die Kontrolle der Geschäftsführung bei Aktiengesellschaften gesetzlich bestellten Aufsichtsräte ihre Macht über die Aktionärsversammlungen dazu benützen, sich von diesen Bezüge bewilligen zu lassen, die nicht nur weit über den Wert der Leistungen hinausgehen, sondern auch gegen das Gesetz verstoßen. Die Korruption ist im Aufsichtsratswesen begangen, daß statt der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestzahl von drei Aufsichtsräten unzulässigermaßen bedeutend mehr gewählt werden und daß diese Stellen mit Geschäftsfreunden oder sonst den Aufsichtsräten ergebene Leuten besetzt werden. Vielfach wählt man auch Leute in den Aufsichtsräte, die wohl dem Geschäft entweder nichts verstehen oder als Söhne von Mitgliedern in die Stellen geradezu hineingeboren werden. Sehr oft trifft man auch frühere Minister und andere hohe Beamte des Staates und der Großstädte in den Aufsichtsräten an, die diese Posten ebenfalls nicht einer besonderen Eignung hierfür, sondern lediglich ihren „guten Beziehungen“ verdanken. Dasselbe trifft auf Parlamentarier zu. Einige bürgerliche Reichstagsabgeordnete sitzen in so vielen Aufsichtsräten, daß sie die Parlamentsarbeit offenbar nur als Nebenbeschäftigung betreiben.

Kürzlich ist das neue Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte erschienen. Der 2000 Seiten dicke Wähler berichtet u. a.: In der Reichstagsfraktion der Demokraten haben 13 Abgeordnete 81 Aufsichtsratsposten inne (davon allein der Abgeordnete Hermann Fischer 46), Volkspartei 17 Abgeordnete mit 66 Aufsichtsratsposten, Deutschnationale 15 Abgeordnete mit 36 Aufsichtsratsposten und Zentrum 13 Abgeordnete mit 65 Aufsichtsratsposten. Von der sozialdemokratischen Fraktion haben lediglich 3 Mitglieder Aufsichtsratsposten von staatlichen oder gemeinnützigen Gesellschaften inne.

Nun aber zur Hauptsache: der Bezahlung der Aufsichtsratsposten. Graef erhebt gegen die Aufsichtsräte die Anklage, sie verschaffen sich und ihrem Anhang auf Kosten der Gesellschaften sehr hohe und wenig mühselvolle Einkommen und sich gleichzeitig und gegenseitig den Besitz der einträglichen Stellen“. Sehr bemerkenswert scheint in der Tat das Amt eines Aufsichtsrates nicht zu sein; denn wie könnte sonst ein Einzelner zwei Duzend und mehr solcher Ämter übernehmen? Die theoretisch vorhandene Verantwortlichkeit des Aufsichtsrates ist praktisch sehr gering, da der Geschäftsgang einer Aktiengesellschaft von dem Vorstand, den Direktoren geleitet wird. Höchstens drei bis vier Aufsichtsräte einer Gesellschaft kommen wirklich für eine, wenn auch nur höchst geringe Tätigkeit in Frage; für die übrigen Mitglieder der Aufsichtsräte prägt Graef das Wort „Schwarzher“, die „auf Kosten der Allgemeinheit ein forstfreies und üppiges Leben führen und mit den Lantienen Vermögen anhäufen“. Ihre durch das Gesetz erlangte Macht über die Generalversammlungen benützen die Aufsichtsräte, um sich hohe Gehaltsanteile und feste Jahresbezüge bewilligen zu lassen. Diese Bezüge sind oft so hoch, daß Graef sie als „wucherische Ausbeutung der Aktiengesellschaften“ bezeichnet. Graef teilt in seiner Schrift mit, daß er Aktionär der Aktienbrauerei zum Löwenbräu in München ist und daß er als solcher einen harten, aber vergeßlichen Kampf gegen die hohen Bezüge der Aufsichtsräte der genannten Gesellschaft geführt habe. Er schreibt, daß der Aufsichtsrat des genannten Unternehmens im Geschäftsjahr 1923/24 der Gesellschaft insgesamt 214 128 Goldmark gezahlt hat, wovon allein der Aufsichtsratsvorsitzende 21 082 Goldmark erhielt. Wenn es beim Münchener Löwenbräu wieder zu der Friedensabivende von 20 uS komme, und das sei bald zu erwarten, so würden sich die Bezüge des Aufsichtsrates auf mehr als eine halbe Million erhöhen. Diese Summe ist gleich 4,8 uS des ganzen Aktienkapitals! — Dieses Beispiel ist nicht etwa ein Einzelfall, sondern findet bei zahlreichen anderen Aktiengesellschaften sein Gegenstück. Da kann man es wahrhaftig verzeihen, wenn bei vielen Größen des deutschen Unternehmertums der Drang zu Aufsichtsratsposten so stark ist, daß sie deren gleich mehrere zu erlangen suchen. Hier ist das Problem: Wie komme ich schnell und mühelos zu Reichtum“ auf überaus einfache Weise gelöst.

Damit ist das Kapitel über die Bezahlung der Aufsichtsräte aber keineswegs erschöpft. Selbst dem vornehmlichsten Klassenhaat sind die Bezüge der Aufsichtsräte unnatürlich hoch erschienen. Ein Reichsgesetz vom 8. Juni 1906 belegte darum die Aufsichtsratsbezüge mit einer Sonderbesteuerung von 8 uS. Da inzwischen die Aufsichtsratsbezüge ständig zugenommen haben, wurden sie ab 8. April 1922 mit 20 uS versteuert. Man sollte meinen, daß diese Steuer auf Spielend leicht erworbene Einkünfte von den Aufsichtsräten am wenigsten drückend empfunden würde. Welt geschick! Sie kamen auf die Idee

die Steuer zum Anlaß zu nehmen, sich von den Generalversammlungen Erhöhungen der Löhne und Jahresbezüge bewilligen zu lassen, so daß sie nicht nur in erhöhtem Maße die Kosten der Altiengehaltungen schreiten, sondern sich praktisch von diesen ihre Steuern bezahlen lassen, die einzig und allein von den Aufsichtsräten persönlich getragen werden sollten. Was kümmert es die Aufsichtsräte, daß solche Steuerabwälzungen gerade eine Gefährdung ist, da es nie zu den Aufgaben einer Altiengehaltungs-Gesellschaft gehören kann, aus der Gesellschaftskasse private Umverteilung zu bezahlen? Die Altienbrauerer zum Umverteilung hat allein im Geschäftsjahr 1923/24 für ihre 20 Aufsichtsratsmitglieder mehr als 50 000 Goldmark Steuern bezahlt müssen. „Unverfrorenheit und grober Unfug“ nennt Graf diese Dinge, die wirklich nichts anderes sind als „eine öffentliche Verhöhnung des Willens des Gesetzgebers.“

Die Wortführer des Unternehmertums werden nicht müde, der Arbeitererschaft zu versichern, wie anstrengend und verantwortungsvoll die Tätigkeit des „Wirtschaftsführers“ ist. Man hat sogar von „genialen Geniebrütern der Volkswirtschaft“ gesprochen, um die Rolle des Großunternehmers recht gewichtig erscheinen zu lassen. Nachdem man aber einen Blick hinter die Kulissen der Aufsichtsratswesen getan hat, wird es kaum noch einen Arbeiter geben, der in den „Führern“ der deutschen Wirtschaft das „Genie“ erblickt. Aber die Gewißheit und Überzeugung darf jeder Arbeiter aus diesen Dingen nehmen: daß sein Kampf um sein nacktes Dasein ein doppelt und dreifach gerechtfertigt ist.

## Aus dem Reichstag

Die außenpolitische Aussprache im Reichstage behandelte das Verhältnis Deutschlands zu den andern Staaten, besonders zu den Siegerstaaten im Weltkriege. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand der sogenannte Garantiepakt, das heißt ein Vertrag, der einen künftigen, dauernden Frieden gewährleisten soll. Zweifellos hängt von der Lösung dieser Frage das Wohl und Wehe Deutschlands, Europas als Ganzes handelt es sich noch um den Ausbau der Schiedsverträge zwischen den verschiedenen Staaten und um die Stellung, die Deutschland innerhalb des Völkerbundes einnehmen soll. Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann führte einleitend aus: „Wir hoffen, daß es zu einer Verständigung Deutschlands mit den andern Staaten kommen wird. Wir haben eine sachliche, aber gerechte Kritik an den uns zugesandten Vorschlägen der Verbündeten empfunden und unsere Einwendungen haben in Paris und London volle Würdigung gefunden, so daß wir hoffentlich zu einem praktischen Ergebnis gelangen werden. Die vollständige Räumung des Ruhrgebiets vor dem als Endtermin festgesetzten 16. August beweist den guten Willen der französischen Regierung, die sich darin auch durch die Quertreibereien des deutschfeindlichen Reichstagsabgeordneten Graf Reventlow nicht haben beirren lassen. Die angelegentlich deutschen Versprechungen in der Entlassungsfrage haben sich als nichtig herausgestellt; sie bieten keine Veranlassung für eine weitere Befreiung der nördlichen Rheinlandzone. Die Reichsregierung ist bereit, die unbeschreiblich schwereren Bedingungen für die Entlassung zu erfüllen, aber diese Bedingungen dürfen nicht einer durchaus einseitigen Auslegung unterworfen werden, da dadurch das bestehende große Friedensvertragswerk gefährdet würde. Die öffentliche Meinung in den Siegerstaaten beginnt langsam zu unsern Gunsten umzuschlagen, die Räumung der Ruhr und der Sanktionskämpfe beendet die verfehlte Politik gegen Deutschland.“

Der sozialdemokratische Redner, Dr. Breitscheid, tadelt es, daß die Regierung sich erst so spät bereitgefunden habe, eine Erörterung der außenpolitischen Lage im Reichstage zu ermöglichen. Es geht zu den Grundprinzipien eines demokratischen Parlamentarismus, daß Volk und die Volksvertretung rechtzeitig über die Maßnahmen der Regierung zu unterrichten, und auf der andern Seite mußte doch auch die Regierung den Wunsch haben, die Meinung der Volksvertretung zu hören. Dann fuhr der Redner fort: „Wir Sozialdemokraten treiben keine Opposition aus Grundabsicht, wir prüfen vielmehr die Vorschläge und die Tätigkeit der Regierung kritisch, aber sachlich. Der Garantiepakt, den nunmehr auch die Deutschnationalen billigen, ist weiter nichts als die Fortführung der Erbverdingungs- und Erfüllungspolitik, die wir von jeher vertreten haben. Er enthält den endgültigen Verzicht auf alle Vorführungen und auf eine generalisierende Herbeiführung des Versailles-Friedensbittels. Grundsätzlich ist der Gedanke des Rechts und der Wille zur Verhütung neuer Kriege gegenüber dem Gebanden der Gewaltanwendung auf der ganzen Erde im Vornurde begriffen. Die Völker wollen in ihrer überwiegenden Mehrheit keinen Krieg mehr, sondern eine friedliche Verständigung, in der die vertraglich gesicherten Rechte Deutschlands sichergestellt werden. Die einseitige Garantie, die Frankreich von uns fordert, lehnen wir ab; wir fordern die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auf Grundlage der Gleichberechtigung. Leider zeigt die Reichsregierung in dieser Beziehung ein doppeltes Gesicht, und deshalb können wir ihr unser Vertrauen nicht ansprechen.“

Der Redner der deutschnationalen Partei, Graf Westphal, erklärte die Zustimmung seiner Fraktion zu der Außenpolitik der Reichsregierung. Diese Zustimmung sei ihr nicht leicht geworden, denn leider werde Deutschland noch nicht als gleichberechtigter anerkannt. Es müsse die Möglichkeit bestehen, die Friedensverträge auf sachlichem Wege zu ändern und den veränderten Verhältnissen anzupassen. Eine unwillkürliche Wiederholung des in Versailles erzwungenen Einseitigkeit sei ausgeschlossen, es dürfe keine Gelegenheit unberührt gelassen werden, die Schuldverhältnisse auszuhebeln und ausbrüteln zu widerstreben. Der Zentrumredner, ein rheinischer Abgeordneter, bezeichnete die Außenpolitik der Regierung als die im

## In der spanischen Fremdenlegion

Als Kameraden betrachten — wie Hauptkammer bezeichnet  
Ein der spanischen Fremdenlegion entlassener Deutscher scheidet in der Vorrede die folgende Schilderung:  
Die spanische Fremdenlegion hat ihre Wurzeln nach dem Krieg in einer Arie in Deutschland in größtem Umfang aufgenommen. Es sind in den Jahren 1920 bis 1924 mehr als 2000 Deutsche in die spanische Fremdenlegion eingetreten, in der Reihenfolge Angehörige des Handwerker- und Arbeiterstandes sowie Landwirte. Man bezichtigte sie offiziell als Handwerker für die spanische Waffenfabrikation in Madrid oder man stellte ihnen eine Tätigkeit als Hilfspolizei in den marokkanischen Sümpfen in Aussicht. Bei der Ankunft in Sevilla oder Madrid wurde ihnen dann meist kurzgeschlossen erklärt, daß sie sich zum Eintritt in die spanische Fremdenlegion bereitstellen und einen Vertrag auf fünfjährige Inanspruchnahme unterschreiben sollten. Viele sagten ja, da sie keinen Auftrag haben, in die Schiffe, manche weigerten sich jedoch, den Verpflichtungserklärung zu unterschreiben. Demnach wurde man für ein — wiederum, manzettel, unter Verwendung von Postentzug und Dunkelarbeit; man scheidet sogar vor einer gelegentlichen Aussperrung nicht zurück, bis die Unterwürfung erpreßt war. Jeder Vertrag mit der Heimat und jede Zusammenhangs des deutschen Staatsrechts wurde ausdrücklich gemacht, da die „Freiwilligen“ schlimmer als die gemeinsten Verbrecher gehalten gehalten werden. Hatte sie denn endlich ihre Zustimmung gegeben, so wurden sie eingesperrt, einige Wochen lang durch die Negativstunden der Legion verbracht und dann sofort in die Frontlinie geschickt. Man bewachte sie dort dringend, denn der marokkanische Kolonialkrieg führt unbegreiflich viel Truppenmaterial.  
20000 Mann seien allein bei der großen Niederlage von Anual im Jahre 1922 und über 30 000 tote und Verwundete haben die letzten Kämpfe von Cádiz und Melilla gekostet. Des Hauptantriebs zu diesen Verbrechen hat hierbei die Fremdenlegion getragen. Von 1500 Deutschen, die im August 1924 noch in der Legion waren,

gegebenen Augenblick allein mögliche. Deutschland habe große Opfer gebracht und werde auch noch fürherhin große Opfer bringen, aber es tue dies im Vertrauen auf den Sieg des Rechts und der internationalen Billigkeit. Die Aufhebung der Ruhr- und Rheinlandsbesetzung sei die Vorbedingung eines wirklichen Friedens, ein Abheben ohne Feiten sei ein besserer Friedensvermittler zwischen Deutschland und Frankreich, als die Bajonette einer innerlich überlebten und von Tag zu Tag finstlicher werdenden militärischen Besetzung. Nachdem die Redner der andern Parteien sich in ähnlichem Sinne geäußert haben, erklärte der Reichsminister Dr. Luther, daß das Ziel der Regierung nach wie vor sei, eine dauernde Grundlage für einen europäischen Frieden zu schaffen, was aber nur möglich sei auf der Grundlage voller Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit. Vor allen Dingen dürfe das Selbstbestimmungsrecht Deutschlands nicht geschmälert werden. Was die Frage der Abrüstung angehe, so müsse es als ein unmöglicher Zustand bezeichnet werden, daß Deutschland völlig entwaffnet werden solle, während andere Staaten immer weiter rüsteten, trotzdem in Versailles eine allgemeine Abrüstung beschlossen sei. Die deutsche Reichsregierung werde alle Kräfte daran setzen, einen endgültigen Friedenszustand herbeizuführen. Die kommunistische und die deutschböhmische Partei hatte ein Mißtrauen zu dem eingebracht gegen die Regierung oder eigentlicher gegen den Außenminister Dr. Stresemann. Doch wurde dies erledigt durch die Annahme des Antrags der Billigung der Regierungshaltung, den die Koalitionsparteien eingebracht hatten.

## Ein neuer Vorstoß der Schwerindustriellen des Westens

Verhandlungen mit der Reichsregierung  
Anfang Juli d. J. erklärte der Reichsarbeitsminister einen Schiedsspruch für die Metallindustrie des Ruhrgebiets für verbindlich, der in der Spitze eine Lohnerhöhung von 4 3 die Stunde vorsah. Die Unternehmer hatten diesen Schiedsspruch abgelehnt. Nach dessen Verbindlichkeitsklärung leisteten in allen größeren Betrieben der Schwerindustrie des Westens größere Arbeiterentlassungen ein. Eine fürchtig fatissekonferenz unjener Verbandsfunktionäre und Betriebsräte wählte eine Kommission mit dem Auftrag, bei der Regierungsgestaltung vorzulegen, gegen das Vorgehen der Unternehmer Beschwerde zu führen und für die arbeitslos gewordenen Kollegen einzutreten. Zu diesem Zweck fand am 21. Juli in Berlin eine mehrstündige Verhandlung mit Vertretern der Reichsarbeits- und Wohlfahrtsministerien sowie des preussischen Handels- und Wohlfahrtsministeriums statt. Die Metallarbeiter des Westens waren vertreten durch die Kollegen Wolf (Essen), Müller (Mühlheim), Tenhagen (Wissburg) und Winkel (Dortmund), und unser Verbandsvorstand durch den Schriftführer dieser Zeilen. Kennzeichnend für das Vorgehen der Schwerindustriellen ist, daß wir trotz der Beachtung der Verordnungen über Betriebsstilllegungen und Arbeiterentlassungen fordern mußten. (Die Gewerbeinspektion hätte alle Ursache, bei Genehmigung von größeren Arbeiterentlassungen vorzugehen zu sein.) In dieser Zusammenkunft mit den verschiedenen Behörden haben wir auch die Unterstützung der Erwerbslosen behandelt. Neben der Arbeitslosenunterstützung gewinnt die produktive Erwerbslosenfürsorge (Beschäftigung), ferner die Arbeitsvermittlung über das Ruhrbeden hinaus an Bedeutung. Wir haben es an Anregungen und Vorschlägen nicht fehlen lassen.

Was es nur bloßer Zufall, daß die Herren von Kohle und Eisen am gleichen Tage mit den leitenden Vertretern der Reichsregierung besprachen waren und über die Notlage der Schwerindustrie im Westen, Kreditausgaben und ähnliche verhandelten? Bezeichnend war, daß der am andern Tage in der Presse erschienene Bericht über diese Verhandlungen der Rantanferran durch den Reichsanwalt dahin auslautete die Wirtschaft könne nur gefunden durch Produktionssteigerung und — längere Arbeitszeit. Das alte, wohlbelannte Siegel Dies veranlaßte uns, sofort den Antrag an die Reichsregierung zu stellen, auch die Gewerkschaften, als die zuständige Arbeitervertretung, zu hören. Dieser Antrag wurde stattgegeben, und so waren am 29. Juli in der Reichskanzlei verammelt Vertreter der Metallarbeiter- und Bergarbeiterorganisationen sowie der Spitzenverbände der drei Gewerkschaftsrichtungen. Neben verschiedenen Vertretern waren anwesend von der Reichsregierung der Reichsarbeits- und der Reichswirtschaftsminister, zeitweilig auch der Reichsanwalt.

In der Aussprache haben wir zunächst dargelegt, daß der „Vorstoß“ der Schwerindustriellen gleichzeitig mit einem planmäßigen Vorstoß verbunden worden sei, um die Regierung sowohl sofort zu machen gegen jede weitere Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie sich der amüsanten Willkürlichkeit zu fügen bei dem jüngsten Vorgehen gegen die Arbeiter im Bergbau und der Schwerindustrie, wofür die zahlreicheren Arbeiterentlassungen ein sicheres Zeichen seien. Die Unternehmer verlangten geringere Löhne, längere Arbeitszeit, weniger Steuern — das heißt für sich — und geringere Sozialbeiträge. Die von ihnen vorgeschlagenen Arbeiterentlassungen sollten sowohl einen Druck auf die Arbeiter wie auf die Regierung ausüben.

Die weit soll denn die Aussetzung mensüchlicher Arbeitsträfte getrieben werden? Die Arbeitszeit hat man 1923/24 verlängert. Die produktive Leistung der Bergarbeiter hat die Vorkriegsleistung heute überschritten. Die Metallarbeiter bleiben nicht zurück. Als durch Verordnung der Reichsregierung am 1. April dieses Jahres für Höchsten und Höheren an Stelle der Doppelschicht die dreifache Schicht zu acht Stunden eingeführt wurde, ließen die Unternehmer Sturm und emstlichkeiten, die dadurch notwendig werdende Mehrleistung von 50 000 Arbeiter nicht tragen zu können. Was hat nun eine für 50 Höchsten im Ruhrgebiet vorgeschlagene Festsetzung ergeben? Mehrleistung von 50, sondern im Durchschnitt nur 11 u n an den Höchsten. Die Produktion aber liegt im Vergleich zum Monat März

noch heute nur noch etwa 200 am Leben. Der Rest ist tot, verkrümelt, gefangen; eine kleine Zahl hat fliehen können. Auch für diese 200 wird es keine Rettung geben, wenn ihnen nicht von außen her die öffentliche Meinung Europas die Tore ihres Gefängnisses öffnet.

Die mensüchlichen Zustände in der Fremdenlegion verdienen eine gründliche Brandmarke in den Kulturnationen. Die Legionäre haben neben den Strapazen eines mensüchlichen, grauenhaften Krieges eine ganz besondere furchterliche Behandlung zu gewärtigen sowie eine Erziehung erbärmlicher Art, lang ein Leben unter Verhältnissen, wie man sie nur aus der Geschichte der antiken Sklaverei oder der spanischen Mittelalters in Südamerika kennt. Die Verpflegung besteht durchschnittlich aus einer Zwischbüchse Oskarinen für drei Mann mit einem halben Pfund Brot, dazu einige Tomaten und Aufschnitt, außerdem täglich einen Becher schlechter, schwarzer Wein. Das Essen ist nurwägung müde, verdorben, voller Würmer und Maden, das Weis ist schwarz wie Asche und das Brot ungenießbar. Dazu wird dieses Zeug von arabischen Köchen, die vor Schmutz nur so lachten und von moderner Hygiene natürlich keine Ahnung haben, zubereitet.

Die gesundheitlichen Verhältnisse sind geradezu ungeheuerlich. Malariafälle sind nur in ungenügender Zahl und in schlechterer Weise behandelt, gefühlte Kräfte fehlen überall. Sämtliche Hospitalfälle sind überhäuft und der Schwere Fall sind allen Ecken der Lagere. Fieberkranker werden durchschnittlich nicht behandelt, da man sie als „Drabsberger“ ansieht, und Schlafmittelstrafen werden von jeder Behandlung ausgeschlossen, da dies keine Krankheits ist, die dem Soldaten selbstbändig nachhelfen mag. Einer der deutschen Legionäre hatte einen Handgelenk bekommen und ließ dann mit seinem Sippenverband heranz, bis der Eiter durch die Sippschilde hindurchdrang. Ein anderer hatte einen Brustschmerz erhalten, lag drei Wochen im Lazarett, dann schickte man ihn an die Front, obwohl er noch schwerer kranken war. So fand er auf dem Wege zur Front, auf der kranken, insbesondere größten Schrecken, im Strahengrabener. Alle Beschwerden und Verletzungen der Legionäre sind natürlich

(von noch Doppelschicht galt), im Monat April (bei dreifacher Schicht achtstündige Arbeitszeit) im Tagesdurchschnitt (jeweils 24 Stunden verglichen) um 8 bis 9 u n. Die durch die Mehrleistung von Höchstenarbeitern entstandenen Ausgaben werden aufgewogen durch die Produktionssteigerung nach Einführung der Achtstundenschicht. Die Krise im Bergbau und der Schwerindustrie kann nicht von engen Landesgrenzen aus betrachtet, noch viel weniger durch Bohndruck und verlängerte Arbeitszeit behoben werden. Wir befinden uns inmitten einer Weltkrise, die durch die Zerstörungen und Wirtschaftskrisen des Krieges wie der Nachkriegszeit eine ungeheure Verschärfung erfährt. Für Deutschland kommt hinzu:  
A. Eine starke Kohlenersparnis durch die zunehmende Dampferzeugung, Aufbarmachung der Wasserkraft, Brennstoffersparnisse durch technische Fortschritte, ferner ein geringerer Kohlenverbrauch durch Produktionsersparnisse und die geplatzene Kaufkraft der Volksmassen (siehe Hausbrand).  
B. Der Eisenverbrauch hat eine starke Einschränkung erfahren durch das Daniederliegen des Schiffbaus, die fast völlige Einstellung der früher erheblichen Bestellungen der Reichsbahn (Schienen, Schwellen, Laichen, Schrauben usw., Lokomotiven, Waggonen u. a.), die gesunkene Bautätigkeit, den geringeren Verbrauch an Eisen und Stahl in der weiterverarbeitenden Industrie usw.

Der vergrößerte Produktionsapparat im Bergbau und in der Schwerindustrie kann nicht ausgenutzt werden, weil die gesunkene Kaufkraft der Massen die veränderte Wirtschaft mit den vielfachen Störungen und Absatzstörungen stark unterbunden hat. Die auf den Markt zugeschnittene Kartellpolitik trägt ebensowenig zur Gesundung der Wirtschaft bei.  
Die von uns geführten Beschwerden und die zur wirtschaftlichen Gesundung wie zur wirksamen Unterdrückung der durch die Krise betroffenen Arbeiter gemachten Vorschläge wurden sowohl durch die Vertreter der Höchst- und Daniederliegenden wie der christlichen Gewerkschaften bestätigt und ergänzt. Von besonderem Belang ist die Frage eines christlichen Gewerkschaftsvertreters über das Kompromiß der Regierungsparteien zur Lobbyrolle und der damit verbundenen neuen Leitung für die Arbeiter. (Und doch stimmen die Zentrumsmännern im Reichstag unentwegt mit ihren bürgerlichen Vordrübern dieser Hochschulgallerei zu!)  
Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der zum Schluß das Ergebnis der dreistündigen Aussprache zusammenfaßt, begrüßte die Aussprache und erklärte die Bereitwilligkeit der Reichsregierung, Vertreter der Gewerkschaften auch erneut zu hören. Gegenüber mehrfach geäußerten Wünschen sicherte er eine Feststellung der in Wirklichkeit auf die Unternehmer entfallenden Soziallasten und Steuern zu, um Übertragungen entgegenwirken zu können. — Ob jedoch die nachdrücklich Beschwerden sowie die Anregungen und Vorschläge der Gewerkschaften auch die ernste Beachtung der Regierung finden werden? Das Verhalten des Reichsanwalters war nicht dazu angetan, eine solche Hoffnung zu wecken. Er kam erst im Verlauf der Verhandlungen, entfernte sich noch vor Schluß der Aussprache stillschweigend und entging so der Aufgabe, die ihn gerichteten Anfragen zu beantworten. Auch ein beachtliches Zeichen!

Die Arbeiter Deutschlands und unsere Kollegen in der Metallindustrie haben alle Ursache, auf der Hut zu sein. Die Schwerindustriellen im Westen haben seit jeher die Führung, wenn es gegen die Arbeiter geht. Und so haben wir auch ihren neuesten Vorstoß zu werten. Immer wieder müssen wir unsere Kollegen mahnen, allerorts eine geschlossene Kampffront zu schaffen durch den Ausbau der Organisationen.  
A. Dijkman

Der Vormarsch brachte über die mit der Regierung gepflogenen Verhandlungen einen knappen Bericht, der die Ausführungen der einzelnen Gewerkschaftsredner nur mit einigen Sätzen wiedergab. Das genügt der roten Fahne, um in bekannter Weise über die Gewerkschaftsführer herzufallen. Dabei wird dem Kollegen Dijkman unterstellt, daß er  
„sich nicht gesümmelt habe, auszusprechen, daß die Regierung, die doch mit den Unternehmern und Agrarierern sowohl Unternehmeroffensive wie Zoll- und Steuerraub gemeinsam durchführt, besser sei als die Unternehmer und Großagrarter selber.“  
Der den Kollegen Dijkman und seine Einstellung lernt, kann über das Geschick des kommunistischen Blattes nur lächeln.

## Freigebiges Arbeiteraufsichtsräte

Die folgende Meldung wird von einem Nachrichtenbüro (NWB) verbreitet. Obwohl wir bisher keinen Grund hatten, an der Zuverlässigkeit dieses Büros zu zweifeln, möchten wir die Meldung dennoch mit aller Reserve und nur zu dem Zwecke wiedergeben, damit unsere Kollegen, sofern sie daran beteiligt sind, der Sache „gehemmt“ nachgehen:  
In der Generalversammlung der A.-G. vorm. J. Gladenbeck & Sohn, Wiltgipferel in Berlin, teilte der Leiter der Versammlung zur allgemeinen Überraschung mit, daß die beiden Betriebsratsmitglieder, die auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen in den Aufsichtsrat delegiert sind (die an der Lantime aber nicht teilnehmen), beantragt hätten, die sachgemäßen Beiträge der Aufsichtsratsmitglieder, die bisher 3750 M betragen, auf 7000 M zu erhöhen. Dieser Antrag ist um so seltsamer, als das letzte Geschäftsjahr mit einem Verlust von 56 021 M abschloß, der auf neue Rechnung übertragen wurde. Bemerkenswert ist ferner, daß in der Generalversammlung weder der Vorsitzende des Aufsichtsrates noch der stellvertretende Vorsitzende anwesend war. Den Vorstoß übernahm das einzige aberhaupt anwesende Aufsichtsratsmitglied. Die Aktien der Gesellschaft sind schon seit längerer Zeit an der Börse unverkäuflich.

fruchtlos. Rechtslos wie Buchhändler, dürfen sie lediglich alle 14 Tage einen Brief schreiben, natürlich unter Aufsicht der Kontrolle und der Zensur. Der Verkehr mit der Zivilbevölkerung und den spanischen Truppenteilen ist ihnen bei strengen Strafen verboten.  
So lebt der spanische Fremdenlegionär in einem Gestalt absoluter Rechtslosigkeit; er fühlt sich wechelos als Kanonenfutter der Gehehnen der Front ausgeheißt, sobald er nach vorn geht, und allen Erniedrigungen und Herabwürdigungen einer moderner Sklaverei, sobald er in sein Lager zurückkehrt. Es ist Sache der spanischen Regierung, dieser Kulturbande in kurzer Zeit ein Ende zu machen. Es ist aber auch Sache der europäischen Kulturwelt, Alarm zu schlagen gegen ein System der modernen Sklaverei, dem befallsste Elemente der gesamten Nationen zum Opfer zu fallen pflegen.

## Nachruf eines Journalisten

Früher hat im Krankenhaus zu Bosen ein Mitarbeiter des Kurier Postamt, Gubrynowicz. Auf seinem Sterbebette hatte er einen Nachruf auf einen Journalisten geschrieben. Das Schriftstück spiegelt die Tragik des Journalistenlebens wieder:  
Ein Journalist ist gestorben...  
Und wist ihr, wer dieser Journalist ist?... Ich will's Euch sagen: Es ist ein ioniischer Mensch, der sein ganzes Leben hindurch nicht an sich denkt, weil er keine Zeit für sich hat, da er an alles denkt... Der nicht schläft, damit der andere schlafen kann... Ja, er schläft nicht, er darf es nicht, damit andere schlafen können. Er muß für sie wachen, immer auf dem Posten, er achtet auf alles. Seine Wachsamkeit kann keine Erscheinung des Lebens, auf dessen Feldschlag er ständig die Hand hält, übersehen. Es geschieht nichts ohne ihn. Unter seiner Teilnahme bilden sich neue Werte. Er jündet die Pflanz auf den Altären an, und er sticht die Wundnadel in die widerstehen Wunden. Er fördert und verleidigt Güter, demastert und bekämpft das Übel nach bestem Wissen und Können; und während manchmal andere seine Werte für sich fruchtbar machen, gibt er, der

# Nochmals: Autoindustrie und Schutzzölle

## Eine Erwiderung mit Antwort

Zu dem so überschriebenen Aufsatz in unserer Nr. 28 sendet uns Herr Professor Schlesinger eine Erwiderung, die mir hauptsächlich unter Weglassung von ein paar Nebensächlichkeiten wiedergeben. Obwohl wir selbst manches zu dieser Erwiderung zu sagen haben, müssen wir uns bescheiden, um dem Verfasser des in Frage stehender Aufsatzes das Wort zu geben.

Herr Professor Schlesinger schreibt: Sie veröffentlichten in Nr. 28 Ihrer geschätzten Zeitung eine Besprechung eines von mir am 29. Januar 1925 gehaltenen Vortrages über den „Daseinstampf der deutschen Autoindustrie“ und wiederholten von mir gestellten vier Kernfragen, deren drei erste Sie mit mir bejahen, während Sie die letzte verneinen. Ich bitte, mir zu gestatten, zu dieser für die deutsche Gesamtindustrie so ungewöhnlich bedeutungsvollen Angelegenheit noch einmal das Wort zu nehmen als Unparteiischer und ohne Vorbehalte. Wenn Sie meine fast 30jährige Arbeit für die deutsche Metallindustrie nicht etwa als unabwägbare Einfärbung der Gewinnung ansehen und verurteilen wollen... Ich bin auch in meinem Vortrag nicht für Schutzzölle, sondern für eine befristete Schonzeit eingetreten, also für einen sogenannten „Ergänzungs Zoll“, der nicht einmal eine Ktempause bedeutet, sondern vielmehr eine Zeit, in der alle Arbeiter, Büroangestellte und Unternehmer mit sicherer Arbeit und stetiger Lohnarbeit leben, um den amerikanischen unbestreitbaren Vorsprung einzujolieren. Sie sprechen von „Nützlichkeit“ und „Ökonomie“! Hat es Zweck, diese vorhandene Nützlichkeit immer wieder zu betonen, oder müssen wir nicht alles, aber auch wirklich alles tun, um sie zu befestigen? Dazu allein habe ich die vier Fragen gestellt und mich nicht um die theoretische Beantwortung, sondern um die praktische Lösung für meinen gegebenen Fall bemüht. Diesen will ich kurz schildern.

Zu 1. Der amerikanische Fabrikarbeiter arbeitet persönlich nicht im mindesten mehr als der deutsche. Persönlich, das heißt mit seinem Hände, seinem Fleiß und seiner Intelligenz! Da aber auch der geschickteste, fleißigste und intelligenteste Handwerker mit einem Taschenuhrmacher keine Räume füllen kann, da man ferner den im Urwald gefällten mächtigen Baum weder durch Hand noch Kopf auf das Transportgerät heben, da man die Hölzer endlich nicht ohne Wege und Fahrzeuge an ihren Bestimmungsort bringen kann, so braucht man zielbewusste Arbeitsvorbereitung und Führung und dem Zweck angepaßte hochleistungsfähige Arbeitsrichtungen unter der Voraussetzung eines dauernden Bedarfs einer kaufkräftigen und zahlreicheren Abnehmerzahl. In der mit anvertrauten Fabrik wurde versucht, zunächst nur durch sorgfältige Vorbereitung und zielbewusste Führung der Arbeit den Arbeiter und Angestellten die volle Entfaltung ihrer Fähigkeiten zu ermöglichen, die vorhandenen alten Maschinen durch sorgfältig hergestellte und genormte Schneidwerkzeuge auf eine wirkliche Hochleistung zu bringen, das Material pünktlich heranzuschaffen — was in Deutschland keine Kleinigkeit ist — und so ohne Überanstrengung von Menschen und Einrichtungen, bei wesentlich besseren Löhnen und Gehältern, also allgemeiner Zufriedenheit, in 1 1/2 Jahren die fünffache Leistung gegen früher herauszubringen.

Aber Konkurrenzfähig gegen die amerikanischen Maschinen ohne vorübergehenden Hölzschutz ist auch dieser deutsche Wagen, der gleichzeitig an Ökonomie und Leistung wesentlich gesteigert wurde, heute noch nicht. Vollensfaktore deutsche Fähigkeit aus Geschick, Fleiß, Intelligenz bewacht mit einem Taschenuhrmacher stehen eben nicht auf! Ich brauche meine beiden weiteren Forderungen: die zielgemäße Einrichtung und die wesentlich erhöhte Tagesleistung zur Ausnutzung dieser Einrichtungen. Hochleistungseinrichtungen kosten Geld, viel Geld. Wer es nicht hat oder nicht in genügender Menge, muß es sich verdienen. Und wenn man dann die neuen Sondermaschinen hat, muß man erst lernen, sie nutzbar zu machen... Auf dem Gebiet der Sondermaschinen haben wir allerdings noch viel zu lernen, schon aus dem einfachen Grunde, weil uns aus mangelndem Bedarf an Autos die Gelegenheiten zur Entwicklung fehlen. Der angelegte deutsche Maschinenbau für Autos, von dem der Automobilhandel dauernd spricht, wird von den deutschen Autofabriken energisch gestützt; diese stellen ja offensichtlich fest, daß sie täglich 1000 Wagen mehr herstellen, als alle Händler verkaufen können. Und das glaube ich. Das billige Bedarfsauto für den deutschen Arbeiter werden wir in den nächsten 10 Jahren in Deutschland nicht herstellen können. Der billige Ford kostet drüber 295 Dollar = 1200 M., das ist ein halber Jahresverdienst des deutschen Metallarbeiters, drüber aber nur ein Zehntel des Jahreslohnes. Ehe wir zu so billigen Wagen kommen können, müssen vor allem unsere Rohstoffindustrien für Kohle und Eisen umgeleitet sein. Hölzer doch heute der Großhandelspreis eines „Opferbienen offenen Buid“ in Newjork für den Händler 3000 M. fix und fertig. Das ist etwa die Summe, für die in Deutschland gerade das Rohmaterial (einschl. Elektroausrüstung und Reifen) für den selben Wagen zu beschaffen ist.

Die Umstellung einer deutschen Fabrik mit deutschen Normal- und amerikanischen Sondermaschinen bel etwa 10 fünfjährigigen Autos dauert mindestens 1 1/2 Jahre unter der wichtigen Voraussetzung, daß der Wagenzeit erprobt ist und in den nächsten 5 Jahren nicht im mindesten geändert wird. Hier sind wir am springenden Punkt... Was diese Umstellungsarbeit aber bedeutet, wenn man nicht, wie in Amerika, die Fabrik auf 6 Monate einfach schließen und Arbeiter wie Angestellte auf die Straße setzen darf, sondern wenn man die Umstellung so durchzuführen muß, daß sich an die letzten 10 Wagen alter Konstruktion die ersten 10 der neuen gewissermaßen ohne Pause anschließen, das kann nur unter Ermessen, der es durchgemacht hat. Aber eine Abwertung von dem Auf-

wand an Mühe, Sorge und Kosten, ganz abgesehen von dem Unternehmerrisiko, wird der Arbeiter schon haben bei der Überlegung: wenn der Motor nicht hält, was man sich von ihm versprochen; wenn die Fabrikationsrichtung nicht leistungsfähig ist; wenn die Schonzeit und der Schutz nicht gewährt werden, die unerlässlich sind. Ein Automobil ist eine wandernde Kraftstation mit beweglicher Wohnung, ist eines der kompliziertesten Gebilde, auf dessen Betriebssicherheit sich Fahrer und Fahrgäste verlassen müssen, auf Tod und Leben. Mit Rücksicht auf seine Erfindung und seinen Verbrauch steht es vor allen menschlichen Gebrauchseinrichtungen einzig in der Welt da; es muß daher auch eigenartig in unserem Vaterlande, in dem es erfunden und entwickelt wurde, behandelt werden. Wenn Sie mir meine Voraussetzung zugestehen, daß der deutsche Facharbeiter voll ebenebürtig ist und meine Behauptungen, daß man diesen tüchtigen Handwerkern die besten Einrichtungen und volle Beschäftigung geben muß, um den Wettkampf mit Amerika auszu nehmen und zu bestehen, dann müssen Sie auch die Frist gewähren, um diese Einrichtungen zu beschaffen und sich in ihrer Beherrschung einzulernen, dann müssen Sie mit zwingender Logik die Schonzeit des Ergänzungs zoll als billigen, den die Regierung mit 1 1/2 Jahren statt der von mir geforderten 3 Jahre einsetzt... Und nun stimmen Sie gegen Autozölle und Schonzeit.

Zu 2. Dazu schreibt Kollege M. Winkler, der Verfasser des Aufsatzes in Nr. 28:

Im allgemeinen hatten wir einen Streit um Meinungen für möglich und den Raum unserer Zeitung für so kostbar. Wenn wir in diesem Fall von unserer Gesplogtheit abweichen, so nur deshalb, weil wir uns eine Vertiefung des Begriffs Umstellung versprechen.

Die anscheinliche Schilderung der Schwierigkeiten der Umstellung der Hochwerke wird hauptsächlich die Autoindustriellen, die es angeht, zu den nötigen Anwendungen veranlassen. So wie es Professor Dr. Schlesinger schildert, stellen auch wir uns eine Umstellung vor, also nicht mit Stoppuhr, Akkordabzügen, Verlängerung der Arbeitszeit und Niedrighaltung der Löhne. Das Hochleistungseinrichtungen viel Geld kosten, ist uns bekannt. Ebenso bekannt ist, daß dafür die Mittel vorhanden waren, wie die Goldkittungen der führenden Firmen zeigen.

Mit der Wiederholung der Behauptung der Autoindustrie, daß sie jetzt schon täglich 1000 Wagen mehr fabrizieren, als die Händler verkaufen können, wird nicht bezweifelt. Haben vielleicht die Autoindustriellen die Wagen im Auge, die wegen ihrer Unzulänglichkeit oder den zu hohen Preisen keinen Absatz finden können? Siehe Daimler! Eine überproduktion von täglich 1000 Wagen mühe in ganz kurzer Zeit zur Abfertigung und zu harten Preisrückgängen führen oder schon geschehen haben. Dem stehen aber Berichte von Handelszeitungen aus neuester Zeit gegenüber, die von gutem Absatzstand, flottem Absatz und Erhöhungen der „eleganteren“ berichten. Wir sind wie Professor Schlesinger der Meinung, daß erst die Rohstoffindustrien umstellen müssen. Aber gerade die Schwerkraftindustrie ist ja einer der Nutzer nach Hölzen. Werden die Hölzer Tagelohn, kommen wir überhaupt nicht zu billigeren Rohstoffen. Professor Schlesinger bestreitet damit, daß die Vorbelastung der Fertigung weniger in den Eisen-, als in den hohen Rohstoffpreisen liegt. Inzwischen finden die Autoindustriellen in den niedrigen Löhnen einen Ausgleich. Herr Professor Schlesinger spricht davon, daß man in Amerika bei Umstellungen einfach die Betriebe schließt. Er fährt aber durch das Beispiel der Hochwerke den Beweis, daß dies nicht notwendig ist. Von der englischen Autoindustrie, die sich in ganz kurzer Zeit umstellen mußte, sind aus diesem Anlaß, soweit uns bekannt, auch keine Betriebsstellungen vorgekommen. Ob solche in den Vereinigten Staaten, wie Herr Professor Schlesinger annehmen läßt, tatsächlich vorgekommen sind, müssen wir dahingestellt sein lassen. Dergleichen wurde zwar wiederholt in europäischen Zeitungen berichtet, doch die Berichte verdunkelten in dem Maße, wie wir ihnen nachgingen. Solche Behauptungen würden mehr Gewicht haben, wenn man ihnen gleich Ort, Betrieb und Zeit beifüge. Abzuziehen werden in Deutschland aus viel wichtigeren Gründen, schon wegen ein paar Pfennigen Lohnforderung, die Betriebe geschlossen. Ähnliches haben die deutschen Arbeiter zu erwarten, wenn sich bei Rekonstruktionen die Hoffnungen nicht erfüllen, dagegen führt kein nach so hoher Soll. Daß die Schonzeit von 3 Jahren selbst einer industriellen Unfähigkeit der Regierung wie der Arbeiterregierung zu lang erscheint, sollte auch dem Herrn Professor zu denken geben.

Eine eigenartige Behandlung des Automobils, weil dieses in Deutschland erfunden und entwickelt wurde, können wir nicht zugeben. Dieses Recht können andere Industrien ebenfalls in Anspruch nehmen. Einzelne Firmen haben die Zeit genützt und brauchen unseres Erachtens weder Schutz Zoll noch Schonzeit. Wir nehmen hier nur Opel und Brennavor, die die alten Firmen weit überflügelt haben. Und dann sollen die armen, braven, fleißigen und klugen Arbeiter, wenn Schonzeit und Hölze nicht bewilligt werden, verhungern. Herr Professor Schlesinger ist vielleicht ebenfalls bekannt, daß die Arbeiter der Autoindustrie auch in anderen Zweigen der Metallindustrie arbeiten und dort sich unter Umständen verbessern können.

Abzuziehen stehen wir nicht allein auf weiter Flur. Außer den Händlern hat sich die Autogehilfenindustrie mit ihrer großen Arbeiterzahl sehr tatkräftig gegen die geplanten Schutz zölle gewandt, ebenso die Handelskammer einer großen rheinischen Industriestadt. Der Herr Professor wird doch nicht auch gegen diese Leute, die doch auch etwas von der Wirkung der Hölze verstehen, den Vorwurf der Selbstbezugseligkeit erheben wollen, wie gegen uns? Oder doch?

Ein paar Worte zur Wirkung der Hölze: Die Hölze werden die Inlandspreise ganz automatisch auf der Höhe festhalten, auf die sie die Preise der Auslandswagen im Inland hinaufreißt. Er erhöht, wie schon oben gesagt, die Rohstoffpreise, die Lebenshaltungskosten und damit auch die Löhne. Die Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes wird geschwächt und damit die Grundlage zerstört, auf die die Autoindustrie letzten Endes angewiesen ist.

## Die Hölle in Schanghai

In dem italienischen Blatt Corriere della Sera berichtet Graf Carlos Sforza, der frühere italienische Minister des Außen, der Jahrelang an der italienischen Botschaft in Peking tätig war, über die sozialen Verhältnisse in Schanghai. Graf Sforza neigt in seiner Stellung sicher nicht zu Übertreibungen gegen die Kapitalisten. Er bezeichnet Schanghai als die soziale Hölle und entwirft ein erschreckendes Bild von der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in Schanghai und in China überhaupt, vor allem durch die ausländischen Kapitalisten. Im Delta des Jangtsekiang, in dem auch Schanghai liegt, arbeiten in den Glashütten Kinder von acht Jahren täglich von morgens sechs bis eine Stunde vor Mitternacht in einem Klima, das sechs Monate hindurch unerträglich heiß ist. In den Spinnereien ist die Arbeitszeit kaum länger — auch hier werden Kinder spärweise beschäftigt. Die Grubenarbeiter bleiben zwanzig Stunden unter der Erde. Sonntagsruhe kennen diese Arbeiter nicht. Diese schrecklichen Zustände sind im chinesischen Verwaltungsgebiet dieselben wie in den unter fremder Verwaltung stehenden Konzeptionsgebieten, wie Schanghai eines ist. Die Regierung von Peking hat zwar einige Anordnungen durchzuführen versucht, sie hat aber nicht die Macht, sie durchzusetzen. Die Verwaltung des Konzeptionsgebietes von Schanghai hätte aber die Macht dazu. Diese Verwaltung steht unter der Führung eines amerikanischen Bürgermeisters und eines Stadtrats, in dem sechs Engländer, zwei Amerikaner und ein Japaner sitzen. Wohl- und Situationsrechte haben in Schanghai allein die Ausländer. Die Verwaltung versucht die unmenschlichen Zustände damit zu rechtfertigen, daß die Fabriken in Schanghai die Konkurrenz der Betriebe im chinesischen Verwaltungsgebiet nicht ertragen könnten, wenn sie bessere Arbeitsbedingungen einführen. Vor kurzem hat sich der Stadtrat demnach entschlossen, die Ausbeutung der Kinder etwas einzuschränken. Hierzu brauchte er aber die Zustimmung der ausländischen Steuerzahler. Wie Graf Sforza mitteilt, ist die große Mehrheit der Ausländer übererregelommen, die Bestimmung des Stadtrats einfach durch Nichterhalten unmöglich zu machen. Die Ausländer haben auch die

Polizeigewalt inne und setzt, wo die Rücksichtslosigkeit dieser Polizei die Chinesen zum Streit und Boykott gezwungen hat, zeden die ausländischen Kapitalisten über die Ausschreitungen der Rebellien, die blutig niedergeworfen werden müssen. Es ist aber nicht anzunehmen, daß sich diese Niederwerfung einem erwarteten China gegenüber so leicht durchführen lassen wird, wie sie es wünschen.

## Die faschistische „Mehrheit“

Die sozialistische Justitia veröffentlicht einen Wahlbericht aus Volinella, dem Orte, der durch seine muttergöttlichen Arbeiter-Produktionsgenossenschaften zur „Zitadelle“ der italienischen Arbeiterschaft und gleichzeitig zur Heiligscheibe der brutalsten Angriffe der Faschisten geworden ist. Zwei Tage vor der Wahl, so heißt es in der kurzen und knappen (schreien über die Generalversammlung) „Mittel der in den „Gewerkschaften“ eingeschriebenen Arbeiter. Nach der Bekanntgabe eines Manifestes wurde die Liste der Kandidaten verlesen, die ohne irgendwelche weitere Ausprägung aufgegeben werden mußte: „Alle müssen die vollständige Liste wählen, ohne Änderungen und ohne Verreten der Wahlstimme. Sollte trotzdem irgendein Wähler Änderungen vornehmen wollen oder können, so möge er daran denken, daß wir in der Lage sind, seinen Namen ausfindig zu machen. Bis 12 Uhr mittags müssen alle Mitglieder erwählt haben. Wer nicht erwählt hat, wird in Ruhe abgeholt.“

Am Wahltag wurde vor dem Wahllokal von einer Gruppe Faschisten ein Tisch aufgestellt. Den aufstrebenden Wählern wurde die ausgefüllte Kandidatenliste in die Hand gedrückt, worauf sie sich an die Urne zu begeben hatten. Die faschistischen Zeitungen aber meldeten überall: Ein großer faschistischer Wahlsieg!

## Der Achtstundentag in Nordamerika

Im American Federationist, dem Blatte des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, veröffentlicht dessen Präsident William Green einen Aufsatz, in dem es heißt: „In keinem Lande der Welt nahm der Prozeß der Einführung des Achtstundentages einen schnelleren Verlauf als in den Vereinigten Staaten. Von dem im Jahre 1900 vom Fabrikregister erfaßten 615 040 Lohnarbeitern arbeiteten nur 523 652 oder 84,8 vH 48 oder weniger Stunden. Im Jahre 1919 hatten von 906 372 Arbeitern bereits 4418 393 Arbeiter oder 48,8 vH die Stundenzahl erreicht. Im Jahre 1921 veröffentlichte eine Industriekommission von Newjork einen Bericht, in dem die größten Firmen des Staates Newjork berücksichtigt wurden und demzufolge 60,2 vH der Männer und 61,9 vH der Frauen 48 oder weniger Stunden arbeiteten. Im Staate Massachusetts war der Satz in diesem Jahre für Männer 59,7, in Ohio 75 und in Kalifornien sogar 91,9.“

Obwohl keine genauen zahlenmäßigen Angaben vorliegen, kann gesagt werden, daß seit dem Jahre 1921 mehrere Fortschritte erzielt wurden. Dies beweist die Meldung, daß eine der größten Firmen des Unternehmens in Amerika geschlossen ist: die Standard Oil Company hat sich gleichfalls den Achtstundentag für alle ihre Betriebe eingeführt. Bis jetzt bestand noch immer in den Betrieben dieses gewaltigen Trusts seit seiner Gründung im Jahre 1859 der Zwischichtbetrieb mit einem zwölftägigen Arbeitstag. Das Unternehmen hat außerdem, damit die Löhne der Arbeiter durch die Neuerung nicht gekürzt werden, alle Lohnsätze erhöht.

## Unerwarteter Vorteil der Arbeitszeitverkürzung

Der amerikanische Stahltrust (United States Steel Corporation) steht, was Profinjucht und sozialpolitische Rücksichtigkeit angeht, auf der Stufe der deutschen Schmelzindustriellen. Er gehört zu den Unternehmungen, die sich am hartnäckigsten gegen die Einführung des Achtstundentages stemmen. Er begründete seinen Widerstand so wie meine deutschen Standesgenossen, nämlich mit technischer Unmöglichkeit und Erschöpfung der Kräfte. Schließlich konnte er sich dem Druck der öffentlichen Meinung und dem Wille des Präsidenten der Vereinigten Staaten doch nicht mehr widersetzen. Nachdem nun beim Achtstundentag einige Zeit in Kraft ist, ergeben sich Vorteile, die nicht schlecht zu Buche schlagen. Nach Verlauf der — etwa 5 — jährigen — Übergangszeit konnte schon eine So n d e r d i e n s t e gezahlt werden. Dazu fügt sich noch ein anderer Vorteil, den man vorher kaum beachtet hatte. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit ist der Arbeiter mehr geistlich zurüdgewandert. Der Wechsel betrug beispielsweise in der Bethlehem Steel Company 1922 100 vH, 1923 gar 100 bis 135 vH. Er kam im Jahre 1924, wo mit der kürzeren Arbeitszeit begonnen wurde, auf 63 vH. So hat denn die Einführung der Dreischicht die zum Teil erheblichen Kosten für den Arbeiterwechsel, das ist für Anbahnung und Aukerung der Leute verringert. Es läßt sich leider nicht genau sagen, wie hoch die so ersparte Summe ist, weil der Stahltrust, der über jedes Kilo Stahl Vuch führt, sich über das kostspielige Geschäft der Einstellung, Ankerung und Entlassung der vielen Leute keine Aufzeichnungen gemacht hat. Er hat daher keinen Vergleichsmaßstab dafür, was ihm das Geschäft früher und was es ihm heute kostet, und kann darum nicht sagen, wieviel von der Sonderdividende auf den Rückgang des Arbeiterwechsels entfällt. Kurzlich erst hat er angefangen, sich näher an das „Anbauen und Ausfeuern“ zu kümmern und darüber Aufzeichnungen zu machen.

Internationaler Holzarbeiterkongress. Dieser tagte am 20. 21. und 22. Juli in Brüssel. Aus dem Jahresbericht des Sekretärs geht hervor, daß die Mitgliederzahl der Internationalen des 882 193 in 1922 auf 623 779 in 1924 zurückging. Von dem Verlust von nahezu 200 000 Mitgliedern entfallen 150 000 auf den Deutschen Holzarbeiterverband sowie 30 000 auf die ausgedehnte Übersektion des englischen Holzarbeiterbundes. Es sind der Internationale insgesamt 37 Organisationen aus 18 verschiedenen Ländern angeschlossen. Auf dem Kongress vertraten 48 Abgeordnete 21 Organisationen und 14 Länder. Als Gastdelegierte wohnten dem Kongress drei Vertreter der United Brotherhood of Carpenters and Joiners aus Amerika bei, ferner J. W. Brown, Sekretär des IOW und J. J. de Roope, Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes.

Im Mittelpunkt der Verhandlung stand die Frage der Stellung zu den kommunistischen Holzarbeitern und besonders zum russischen Holzarbeiterverband. Der allgemeine Geschäftsbericht wurde mit allen gegen die Stimme Italiens gutgeheißen, die Russen betreffenden Abschnitte mit 39 gegen 15 Stimmen und 6 Enthaltungen. Dies bedeutet, daß im Verhalten gegenüber Russland und den übrigen kommunistischen Organisationen keine Änderung eintreten und der bekannte Wiener Beschluß in Kraft bleiben wird. In dieser Frage nahm der Kongress noch eine vom schweizerischen Verband eingebrachte und von der englischen Organisation ergänzte Entschließung an, wonach „der allrussische Verband zu den gleichen Bedingungen wie alle anderen Verbände in die Internationale aufgenommen und der Vollzugsausschuß beauftragt werden soll, bis zum nächsten internationalen Kongress darüber zu entscheiden, wann die Bedingungen erfüllt worden sind.“

Ein Vorschlag der schweizerischen Organisation auf Entsendung einer Abordnung nach Rußland zum Verbandsrat der russischen Organisation wurde vom Kongress in dem Sinne gutgeheißen, daß der Vollzugsausschuß darüber zu entscheiden hat, wann der Zeitpunkt für eine solche Abordnung gekommen ist.

Belgischer Gewerkschaftskongress. Am 25. Juli wurde in Brüssel der 24. Kongress des belgischen Gewerkschaftsbundes eröffnet. Dem Rednerjahresbericht zufolge zählte die belgische Landeszentrale Ende 1924 578 000 Mitglieder, gegen 596 000 Ende 1923. Die Einnahmen um im gleichen Zeitraum von 64 auf 75 Millionen, die Verhältnisse von 55 auf 67 Millionen gestiegen. Nach der Eröffnungssrede des Präsidenten Solau wurden drei Entschlüsse angenommen. In der ersten spricht die Versammlung den 70 000 streikenden Metallarbeitern ihre Hilfsbereitschaft aus, die zweite richtet sich unter Berücksichtigung der blutigen Ereignisse in Warschau gegen den Krieg und Militarismus, in der dritten wird den um ihre Freiheit kämpfenden chinesischen Arbeitern die volle Sympathie ausgesprochen.

namenlose Arbeiter, im Dienste für die Allgemeinheit alles hin, ohne daß für ihn etwas bleibt...

Und hat Ihr je mal darüber nachgedacht; wenn Ihr die Zeitung in die Hand nehmt, wieviel aufopfernde Arbeit des Journalisten in diesen wenigen Druckerseiten steckt, die für den Gebrauch eines Tages bestimmt sind? Ist es Euch jemals in den Sinn gekommen, daß er in diesen Spalten das Beste gibt, was er in sich hat, die Höchstleistung seines Geistes, seiner Gefühle und Nerven? ... Für den Gebrauch eines Tages... Er, der Diener des Tages, der mit seinen Gedanken unendlich hinter diesen Tag reicht, weit in die Zukunft, deren Mitschöpfer er ist...

Ein Journalist ist gefordert... Er starb zu früh, denn er hatte nicht einmal Zeit, an sich zu denken, als es den sich nach ihm austreckenden Fremde sein auszuwahren galt. Und bevor er starb, hatte er zum ersten Male im Leben einen Augenblick Zeit für sich und schrieb diesen Nekrolog, um den Kollegen, die so wie er das ganze Leben hindurch keine Zeit haben, eine Sorge zu ersparen.

Er hielt... Das ist gleichgültig... Einer von vielen, ein namenloser Arbeiter, den der morgige Tag schon vergessen hat... Und übrigens der journalistischen Genauigkeit halber: Er hieß Tadeusz Gubrynowicz. Er starb im Alter von 47 Jahren nach 26-jähriger journalistischer Tätigkeit. Ein Journalist ist gefordert... Und Ihr, die Ihr diesen Nachruf lest, wenn Ihr bedenkt, daß er sich bemühte und also im Frieden ruhen soll“ — dann sprech für den Frieden seiner Seele ein Ave Maria...

Aber viele von Euch, sehr viele sogar, werden fahrlässig so denken: Oh, ein geistreicher Journalist will wohl nach dem Tode die Verbreitung seines Blattes ausüben, um sich gratis und franko Bekanntheit von „Segenswünschen“ zu sichern. Vielleicht auch das... aber dann tritt er in dieser Rolle des Ausbeuteters für sich zum ersten Male auf, und mit noch größerer Gemüthsruhe zum letzten Male...

### Zum Zustand in der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie

Der von den Unternehmern angelegte Kampf hat in vollem Umfang Platz gegriffen, wenn auch in einer andern Form, als es sich der Arbeitgeberverband dachte. Im Mai 1925 wurden Forderungen eingereicht mit einem Mindeststundenlohn von 80 % für den 14-jährigen gelernten Arbeiter. Die Forderung wurde rundweg abgelehnt; am 8. Juni ein Schiedspruch gefällt mit 83 % in der Spitze. Die Besetzung eines Betriebes, die zum Schiedspruch Stellung nehmen wollte und einige Minuten über die Mittagspause, jedoch innerhalb des Betriebes und entschuldigend der Arbeit fern blieb, wurde kurz vorhand entlassen. Sie nahm auf Betreiben der Organisationsleitung, die neue Verhandlungen anzubahnen versucht wurde, die Arbeit wieder auf. Am 22. Juni fanden neue Verhandlungen statt, die einen Schiedspruch von 72 % Mindeststundenlohn brachten. Diesen Schiedspruch beantwortete der Arbeitgeberverband damit, daß er der ganzen Arbeiterschaft auf 9. und 10. Juli kündigte. Am 9. Juli wurde nur vor dem Schlichter in Karlsruhe wegen der Verbindlichkeitsklärung verhandelt. Der Schlichter erklärte jedoch sofort bei Beginn der Verhandlungen, daß er diesen Schiedspruch mit 20 % Lohnminderung niemals verbindlich erklären würde, da er für die Industrie untragbar sei.

Der Arbeitgeberverband ließ nun sofort in sämtlichen Betrieben eine Erklärung anbringen, daß die Kündigung zurückgenommen sei, da der Schiedspruch nicht verbindlich erklärt worden ist. Und großartig, wie der Arbeitgeberverband nun einmal ist, gestattete er den Arbeitern die Weiterarbeit auf 63 %. Es war wohl die größte Überforderung für die einzelnen Firmen, daß die Arbeiter der Betriebe, deren Kündigungszeit am 9. Juli abgelaufen war, am 10. nicht mehr anfangen, und daß die Arbeiter, deren Kündigung am 10. Juli abließ, am 11. geschloffen der Arbeit fernblieben. Da von den 22.000 bis 23.000 in Frage kommenden Arbeitern nur etwa 1000 vom 11. Juli ab wieder arbeiten, so ist die Arbeitseinstellung eine ganz vollständige gemessen.

Nun griff das badiische Gewerbeamt ein. Am 21. Juli legte ein neuer Schlichtungsausschuß. Er brachte einen Schiedspruch: Bei Wiederaufnahme der Arbeit 66, ab 1. August 68, ab 10. September 69, ab 1. Oktober 70, ab 1. November 71, ab 1. Dezember 72, ab 1. Januar 73 die Stunde Zulage zugesprochen. Die bestehenden Stufen erhöhen sich in dem Maße wie der Mindestlohn. Maßregelungen finden nicht statt und die Arbeiter treten in ihre alten Rechte ein. Den Lehrlingen wird im 3. und 4. Halbjahr 1 % ab 5. Halbjahr 2 % die Stunde Zulage zugesprochen.

Dieser Schiedspruch wurde in geheimer Abstimmung von der sich an der Abstimmung beteiligenden Arbeiterschaft fast einstimmig abgelehnt. Von den 10.533 Abstimmenden stimmten 9648 gegen den Schiedspruch, 891 dafür. Die organisierten Arbeiter haben wohl ziemlich einheitlich den Schiedspruch abgelehnt. Daß bedauerlicherweise eine große Anzahl unorganisierter Streikender sich der Abstimmung enthielt, ist darauf zurückzuführen, daß die auf dem Lande wohnenden Arbeiter (15 bis 16.000) meistentheils mit Beeren sammeln und bergleichen beschäftigt sind und deshalb der Abstimmung fernblieben. Der Arbeitgeberverband lehnte ebenfalls den Schiedspruch ab, und zwar stimmten (bei zwei Enthaltungen) 450 gegen und 26 für den Schiedspruch.

Erneut griff nun der Schlichter von Baden ein, um eine Vereinbarung zustande zu bringen, und diese Verhandlungen fanden am 27. Juli in Karlsruhe statt. Jedoch ohne Ergebnis. Nach wie vor hielt der Arbeitgeberverband daran fest, die Arbeit auf 63 % aufzunehmen und nach 14 Tagen eine Lohnminderung zu gewähren. Sie verlangten weiter Verstärkung bis Jahresbeginn, kehrten jede Sicherungsklausel ab und nach wie vor wollen sie die tatsächlichen Verdienste nach ihrem Gutdünken erhöhen oder nicht. Der Schlichter rief nun am 28. Juli die Schlichtungskammer zusammen. Er machte einen Vergleichsvorschlag, der aber ebenso wie der von ihm dann gefällte Schiedspruch von beiden Parteien abgelehnt wurde. Der Schiedspruch geht dahin:

1. Der Mindestlohn für den 14-jährigen gelernten Arbeiter beträgt mit Wiederaufnahme der Arbeit 68 % pro Stunde, ab 10. September 1925 69 %.
2. Die Löhne der jüngeren Arbeiter und der übrigen Arbeiterkategorien ergeben sich nach dem zeitlichen Fortschrittslohn.
3. Die Alterszulage wird auf 12,5 % erhöht.
4. Lehrlinge erhalten in 1. und 2. Halbjahr keine Lohnminderung, in 3. und 4. Halbjahr 1 %, in 5. Halbjahr 2 % die Stunde.
5. Maßregelungen aus Mangel des Ertrags dürfen nicht stattfinden.
6. Witterliche Anwartschaften bleiben bestehen.
7. Die bestehenden Lohnvorschriften bleiben bestehen.
8. Diese Regelung kann frühestens am Jahresende mit 14-tägiger Frist geändert werden, es sei denn, daß der Reichsindex von heute ab um mehr als 5 % steigt oder fällt.
9. Die Erläuterung tritt bis Donnerstag den 30. Juli 1925 nachmittags 4 Uhr.

Ein sehr hart besetzte Vertrauensmännerziehung nahm am 28. Juli sehr eingehend Stellung zu dem Schiedspruch. Mit Betonung wurde festgestellt, daß selbst die Unorganisierten in nicht voraussehbarer Weise Widerstand leisten und sich weigern, oder gar keine Feststellungen bei ihnen sehr bemerkbar machen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Andererseits ist festzustellen, daß im Arbeitgeberlager die zur Schon gezeigte Eingicht nicht mehr in dem Maße vorhanden ist, wie am Anfang. Denn trotz ihrer Lohnminderung und erklären, unbedingten der einseitigen Regelung, 20 % Lohnminderung zu gewähren, wenn die Organisation ihrer Arbeiter gestalte, bei ihnen die Arbeit wieder aufzunehmen. Am 30. Juli fand eine neue Abstimmung statt, die über den Schiedspruch des Schlichters zu entscheiden hatte. Von den über 11.000 Abstimmenden erklärten sich rund 9000 gegen und etwa 2400 für den Schiedspruch. Wie sich die Dinge nun weiter entwickeln werden, läßt sich noch nicht sagen. Sonderbund geht der Kampf weiter.

### Lehrlingselend im Bezirk Minden

Der englische Sozialpolitiker Professor Beveridge sagte einmal: Kein jugendlicher Arbeiter darf als Dackel billiger Arbeit betrachtet werden. Jeder jugendliche Arbeiter, der in einem Berufstätigkeit tätig ist, muß für seine zukünftige dauernde Existenz Sorge bereitet werden. Dieser notwendige Einspruch wird leider nur sehr wenig von unseren Unternehmern genügt. Im Gegenteil, die Lehrlinge werden nur als billige Arbeiter angesehen, je niedriger dann im späteren Leben stehen, wie sie jetzt werden. Selbst in dem meisten Betrieben werden die Lehrlinge nur als Spezialarbeiter angesehen, manchmal ein Arbeiter, der in 6 Wochen zu einem Fach ist. Sie müssen da 3 und 4 Jahre für eine entsprechende Fachausbildung arbeiten. Ein Handwerk haben sie dann nicht gelernt.

Dieser einzige Ausspruch aus Minden und Umgebung: Die Lehrlingselend ist toll, hat aber ihre Fesseln und eine Weisung, dort hat nur 15 Lehrlinge, aber kein Meister und Gefelle. Ein Lehrling, der nach 3 Jahre dort gelernt hat, bildet die 15 Lehrlinge aus. Die Entlohnung der Lehrlinge beträgt im 1. Jahre 5 %, im 2. Jahre 10 %, im 3. Jahre 15 % und im 4. Jahre nach Vereinbarung. Ein Lehrling, der letzten angelernt hat, verlangt die höchsten Lohn. Die Firma legte dem jungen Mann nach und andere, die angelernt hatten, folgendes zur Unterzeichnung: „Ich erkläre mich mit der Zahlung von Lehrlingselend einverstanden, da jetzt wegen Arbeitsmangel in der Kleinfabrikation eine Entlohnung notwendig werden muß. Minden, 8. Juli 1925.“

Einmal hat die Firma denn nicht, in solcher Weise zu verfahren? Die Art der Ausbildung ist schon ein Verstoß an den jungen Mann, aber den Lehrlingen nach solch eine Erklärung zur Unterzeichnung anzulegen, ist wirklich häßlich, wenn man bedenkt, daß ein Arbeiter in der Metallindustrie 45, in der Holzindustrie 63 und im Bauwesen 82 % die Stunde erhält. Diese Verschwendung der Firma soll in Minden nie laut werden bekannt gemacht werden.

Im Hauptbetrieb dieser Firma sind etwa 75 Lehrlinge beschäftigt, bei denen aber von einer Ausbildung keine Rede sein kann. 70 Arbeiter sind dort beschäftigt, davon sind ungefähr 25 bis 30 gelernte Arbeiter. Dreherlehrlinge werden nach zweijähriger Lehrzeit an Schrauben- oder Stangenwerke gestellt, wo sie ein Jahr oder bis zur Beendigung der Lehrzeit verbleiben. Was müssen diese jungen Leute für lästige Dreher werden, wenn man bedenkt, daß an diesen Werten jeder 14-jährige Junge vom ersten Tage an arbeiten kann. Der Gummihalt wird als Erziehungsmitel und zur Ausbildung angewandt.

Die Holzbearbeitungsmaschinenfabrik Altendorf in Minden hat acht jüngere, eben aus der Lehre gekommene Schlosser. Der Zahlhaber ist gelernter Tischler. Meister oder Vorarbeiter für die Schlosserei nicht vorhanden, bildet aber zwei Schlosserlehrlinge aus. Keine Zustände, nicht wahr?

Ein anderer Betrieb mit ungefähr 150 gelernten, aber ein großer Teil junger Handwerker bildet etwa 90 Lehrlinge aus. Sonnabends müssen die Lehrlinge nach Feierabend die Ruhe rein machen. Ferien gibt es für die Lehrlinge nicht, dagegen erhalten jugendliche ungelernete Arbeiter unter 18 Jahren laut Tarif 3 Tage Ferien. Dafür dürfen aber Lehrlinge 24 Stunden hintereinander arbeiten. Ein Lehrling, der Urlaub (ohne Entschädigung) erbat, um nach Hamburg zu einer Arbeiterjugendbildung zu fahren, wurde abgewiesen mit der Begründung, daß die Meister in diesem Jahre auch keinen Urlaub bekommen.

Die Bierbrauindustrie aber schienen den Vogel ab. Dort werden 15 bis 20 Lehrlinge ausgenutzt. Der Arbeitgeberverband legt wohl für die Lehrlinge die Entschädigungssätze fest, die Lehrlinge erhalten aber kein Geld, ebenso die jungen Gesellen nicht. Die Väter der Lehrlinge haben am Gewerbeamt die rückständige Lehrlingsentlohnung eingeklagt, ebenso junge Gesellen ihren Lohn, dabei noch Rückstände aus ihrer Lehrzeit. In die 30 Klagen am Gewerbeamt sind bereits erledigt. Der Firma ist schon außerhand gepfändet worden. Sie ist nun noch zu beschreiben, daß sie an die Väter der Lehrlinge, die die Lehrlingsentlohnung eingeklagt haben, folgenden Einschreibebrief sendet:

Für Ihre Forderung an uns haben Sie durch den Obergerichtsvollzieher Vorhan in Minden u. a. 1 Elektromotor pfänden lassen. Wir machen darauf aufmerksam, daß zugunsten des Herrn Direktors Fr. Bierbaum-Porta-Hausberge auf unseren Besitz (umfangreich sämtliche Säen, Maschinen usw.) eine hypothekarische Sicherung eingetragen ist, so daß also eine hypothekarische Vorkaufung für den vorerwähnten Elektromotor vorliegt. Die diesbezüglichen Beträge sind früher bei den Notaren, Herren Engelung und Voymann, Minden i. W., getätigt und kann die Richtigkeit unserer Angaben bei derselben nachgefragt werden. Die erfolgte Eintragung geht ferner aus den Grundbuchakten hervor. Da die von dem Obergerichtsvollzieher Vorhan, Minden, vorgenommene Pfändung bezüglich des Elektromotors nicht berechtigt ist, bitten wir die Freigabe desselben veranlassen zu wollen. Im andern Falle würde eine Klage nicht zu umgehen sein, deren Kosten Sie zu tragen hätten. Bierbaumwerte, Aktiengesellschaft.

Angeichts solcher Zustände kann man es verstehen, wenn die Syndikats der Arbeitgeberverbände im Regierungsbezirk Minden sich dagegen wenden, daß den Gewerkschaften Rechte bei der Lehrlingsausbildung eingeräumt werden. Wie sagte doch Herr Syndikus P a r t h, Bielefeld, einmal in Berlin? „In der Lehrlingsfrage lassen wir uns nicht hineinreden, da sehen unsere Ansichten einander gegenüber wie Feuer und Wasser. Aber die Lehrlingsfrage haben nur die Arbeitgeber zu bestimmen.“ Aber hineinreden wollen wir doch ab und zu. Auch wollen wir fragen: Wo bleibt der Jugend- und Lehrlingschutz? Wo bleibt die Sorgfältigkeit, wo die Gewerbeaufsicht, wo die Berufsauf- und Vorführung der Eltern, die samt ihren Kindern durch solche Lehrlingsausbildungen enttäuscht und ausgedeutet werden? K. Sp.

### „Zurück zur Wahrheit!“

Unter dieser Überschrift finden wir im Deutschen Metallarbeiter, dem Blatte der christlichen Kollegen, die Not der heutigen Arbeiterschaft so trefflich gekennzeichnet, wie wir es nicht besser können. So heißt es in dem Aufsatz neben ähnlichem:

Die Not breitet sich Arbeitermassen schnell zum Himmel. Es kommt nicht von ungefähr, wenn heute selbst die Religionsgemeinschaften ihre warnende Stimme erheben und der Wirklichkeit ins Gewissen reden. Die Zustände des Lebens reden leider eine zu erschütternde Sprache. So wurde vor einiger Zeit in Dornum i. W. eine ärztliche Untersuchung der vorhandenen 1200 Schulfürer vorgenommen und dabei folgender Befund festgestellt:

|  |   |        |
|--|---|--------|
| bei 495 Kindern Tuberkulose  | = | 3,8 %  |
| bei 2960 Kindern Skrofulose  | = | 22,6 % |
| bei 2165 Kindern allgemeine Schwäche und Sintermat                   | = | 16,7 % |
| bei 400 Kindern andere Krankheiten                                   | = | 3,1 %  |
| bei 300 Kindern Verkrüppelungen, die als Kriegsfolgen anzusehen sind | = | 2,1 %  |

Das bedeutet, daß von den 14000 Dornumer Schulfürern 6320 = 45 % krank oder physisch unternormal sind. Gerade ist Industriebetrieb. Der weit überwiegende Teil der Bevölkerung ist Arbeiterbevölkerung und man geht sicher nicht fehl bei der Annahme, daß die unternormalen Kinder Arbeiterkinder sind.

Das christliche Blatt geht denn auf die elende Beziehung der Elternarbeit ein, die dringlich der Verbesserung bedürftig, zumal der Lohnanteil am Preis schwerindustrieller Erzeugnisse sehr gering sei. Das ist alles sehr treffend und wir wollen das hier unterbreiten. Aber gleichzeitig müssen wir noch etwas anderes ebenso hart unterbreiten, nämlich die Tatsache, daß die Partei der christlichen Kollegen, das Zentrum, den Zollwucher, die Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft tatkräftig unterstützt, ja das Zentrum trägt die Hauptlast, daß durch den neuen Zoll das ohnehin kümmerliche Lohnvermögen der Arbeiter um durchschnittlich ein Fünftel verläßt wird. Denn ohne das Zentrum wäre die Besetzung auf die Arbeiterkassen einwandlos möglich. Ein Fünftel dazu weniger heißt: Tuberkulose, Sintermat und die andern Gefahren des Proletariats beträchtlich vermehren, heißt das Gesicht des Sorgenhändlers und Lotengrübners der Arbeiterorte um mindestens ein Fünftel erhöhen. Auf diese unabwehrbaren Folgen des Zollwuchers, den, wie gesagt, das Zentrum eifrig stützt, geht das christliche Metallarbeiterblatt gar nicht ein. Das wäre, wie uns scheinen will, doch sehr notwendig in einem Aufsatz, der mit „Zurück zur Wahrheit!“ überschrieben ist und die Elendarten des Arbeitervolkes unterbringt. Also: Zurück zur Wahrheit, aber zur ganzen!

### 50000 Bauarbeiter im Ausstand

In den deutschen Bergwerken ist ein Kampf auf der ganzen Linie im Gange. In Baden, Westfalen, Ostpreußen und in der Provinz Sachsen sind die Bauarbeiter ausgebrochen, in Berlin und Kassel streiken die Bergarbeiter. Von den letzteren haben wir noch nicht berichtet, da nach dem letzten Bericht nur noch weniger als 5000 Mann an diesen Ausständen beteiligt sind. Die Bauarbeiter sind auf die Vernichtung der gewerkschaftlichen Erwerbungsstellen aus. Sie verlangen die Abschaffung des Lohnstundentages, Dämpfung der Löhne und sie verlangen die früher wirtschaftlich festgelegten sozialen Vergünstigungen. Die Bauarbeiter denken nicht daran, die solchen Forderungen zu folgen. Am 27. Juli haben sie auf einer Konferenz Maßnahmen für eine längere Dauer des Kampfes getroffen, wozumit sie, daß von den nicht am Kampfe beteiligten 32000 Bauarbeitern Sonderbeiträge von 2 bis 4 M die Woche zu zahlen sind, die vorübergehend drei Wochen erhoben werden, aber im Bedarfsfall auf eine längere Zeit ausgedehnt werden sollen.

Auch eine Jahrtausender. Die Stadtverordneten von Kaldenkirchen am Niederrhein haben beschlossen, an Stelle einer Jahrtausender zehn Eigenheime für lindernde Familien zu bauen. Es gibt doch noch ein paar vernünftige Leute.

### Schriftenschau

Die Gesellschaft „Internationale Renne für Sozialismus und Politik“ herausgegeben von Dr. Rudolf Hilsberg, Vierteljährlich 3,60 M, Einzelheft 1,20 M. — Aus dem reichhaltigen Inhalt der Nr. 7 seien hier hervor: Hermann Wendel: „Das südwestliche Staatsproblem“, Prof. Dr. Emil Mülling: „Der Sozialismus und die Kultur- und Wirtschaftspolitik“, Bürgermeister Bruno Mich: „Mandbemerkungen zur Reichssteuerreform“, Dr. Hans Wehberg: „Die Feststellung des Umgriffers im Garantievertrag“, Dr. Gerhart Müllers: „Zur Geschichte der deutschen Außenpolitik der Vorkriegszeit“. Das neue Heft enthält noch eine Reihe wirtschaftspolitischer Aufsätze. Die „Gesellschaft“ erscheint monatlich. Sie ist zu beziehen durch jede Buchhandlung und Postanstalt oder durch Bestellung auf Postkarte direkt vom Verlag J. H. W. Dieck Nachf., Berlin SW 68.

Die Gemeinde. Die kommunalpolitische Halbmonatsschrift für alle sozialistischen Gemeindevertreter und Gemeindefunktionäre. Monatlich 60 % Heft 13 enthält folgende Aufsätze: Von der Reichsstadtordnung zur Reichsdemokratie von Carl Herz, Spandau; Die kommunale Industrieförderung von Georg Windemann, Eisenach; Die Förderung des Wohnungsbau durch die Arbeiterregierung in England von Regierungspräsident Krüger, Lindeburg; Der Sparfassen-Vorstand von W. Schimmel; Inwiefern können die Kommunen durch Kreissteuern belastet werden? Von Bürgermeister Dr. Scheurmann, Schüttorf-Ornover; Das hauswirtschaftliche Pflichtenjahr und die Ausbildung der Jungmädchen von Richard Böhmert, Leipzig; Schulgesundheitswesen und Privatschulen von Dr. Alfred Korad, Berlin. Außerdem enthält das Heft zahlreiche Notizen aus der Rechtspflege, Verwaltung und aus der kommunalen Praxis in Ländern und Gemeinden. Verlag J. H. W. Dieck Nachf., Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Die Internationale und Sowjetrußland. Von Karl Kautsky. Preis kart. 75 %, Sammlungen 2 M. Verlag J. H. W. Dieck Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. — Kautsky erörtert in dieser Schrift die Stellung der sozialistischen Arbeiterinternationale zum Bolschewismus, wobei er besonders auf die Aufgaben hinweist, die nach seiner Meinung den der Sozialistischen Arbeiterinternationale angeschlossenen Parteien erwachsen in ihrem Wirken zugunsten der Demokratie und der selbständigen Klassenbewegung des Proletariats in Rußland. Vom kleinen Brodhaus, Handbuch des Wissens in einem Band, ist die dritte Lieferung erschienen. Über 40000 Stichwörter auf etwa 600 dreispaltigen Zeilen, mit 5400 Abbildungen im Text und auf 100 einfarbigen und bunten Tafel- und Kartentafeln, sowie 87 Übersichten und Zeittafeln. — Subskriptionspreis: Jede Lieferung 1,90 M, vollständig in Halbleinen gebunden 21 M, in Halbfärbung gebunden 28 M.

Der Werkzeug-, Schnitt- und Stangenbau und die Massenfabrikation. Erklärung der erforderlichen Hilfstoffe, Einrichtungen, Verfahren in 202 Bildern und in 28 Hefentafeln von Alfred Wildner, Betriebsleiter. Preis 5,80 M. Verlag Gustav Weiner, Leipzig. Das Buch ist von einem Praktiker für den Praktiker geschrieben, daher den Metallarbeitern, die in diesen Branchen tätig sind, nur zu empfehlen.

## Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphendresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag dem 9. August ist der 33. Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. bis 15. August 1925 fällig.

Wir erziehen die Mitglieder um bessere Beachtung des § 4 Abs. 4 und 5 des Statuts. Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich vor Annahme ihm angebotener Arbeit bei der Verwaltungsstelle, in deren Wirkungsbereich die Arbeit aufgenommen werden soll, darüber zu vergewissern, ob der Arbeitnehmende Gründe entgegenzusetzen hat. Bei Unzufriedenheit ist jedes Mitglied verpflichtet, sich innerhalb 14 Tagen bei der bisherigen Ortsverwaltung ab- und in gleicher Weise an neuen Unzufriedenheit anzumelden.

Keine Ortsverwaltung darf die Anmeldung von Mitgliedern annehmen, die dieser Bestimmung nicht vollaus genügt haben. Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit + bezeichneten Verwaltungsstellen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Besondere, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Statuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

| Verwaltung   | Für Mitglieder der Beitragklasse: |    |     |    | Beginn der Beitragserhebung |
|--------------|-----------------------------------|----|-----|----|-----------------------------|
|              | I                                 | II | III | IV |                             |
| Alpolda      | 15                                | 15 | 10  | —  | 32. Woch                    |
| Duisburg     | 20                                | 15 | 10  | 5  | 34. "                       |
| Essen        | 20                                | 15 | 10  | —  | 32. "                       |
| Köln a. Rh.  | 30                                | 15 | 10  | —  | 32. "                       |
| Kölnenau     | 20                                | 15 | 10  | —  | 32. "                       |
| Leuz         | 20                                | 15 | 10  | 5  | 32. "                       |
| Leipzig      | 20                                | 15 | 10  | 5  | 32. "                       |
| Minden i. W. | 20                                | 15 | 10  | 5  | 32. "                       |
| Nowawes      | 20                                | 15 | 10  | 5  | 34. "                       |

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

**Öffentliche Aufforderung:**  
Der Metallarbeiter (Metallarbeiter?) Wilhelm Becker, geb. am 18. November 1876 in Altschlim. Mitgliedsbuch Nr. 5349454, wird aufgefordert, seine Adresse an den Vorstand, Stuttgart, Kiste Nr. 16, mitzutteilen, um das von der Verwaltungsstelle Marienwerder beantragte Verfahren durchzuführen. Bei Nichtbefolgung dieser Aufforderung muß die Ausschließung aus dem Verband erfolgen.

**Gehtohlen wurde:**  
Mitgliedsbuch Nr. 4.188801, lautend auf den Metallarbeiter Erhard Sabrina, geb. am 8. Dezember 1905 zu Meissen. (Meissen.) Stuttgart, Kiste Nr. 16. Der Verbandsvorstand.

### Zur Beachtung! Bezug ist fernzubalten:

von Feilenarbeitern nach Berlin L, nach Chemnitz und Hohenstein-Ernstthal St.;  
von Kleinmann (Bau-) nach Braunschweig L;  
von Metallarbeitern aller Branchen nach Danzig („The International Shipbuilding and Engineering Co. Ltd.“, Danziger Werft und Eisenbahnwerkstätten A. G.) D.; nach Summersbach (Firma L und E. Steinmüller) St.; nach Norwegen L;  
L = Lohnabteilung; D = Differenzen; v. St. = Streit in Stadt; St = Streit; R = Maßregelung; M = Mängel; A = Ausperrung. Arbeitsnachweise Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung verzeichnet ist, Erdkundung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzufahren. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied anzugeht, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Bezüge auf Verfügung von Verrenten müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausdrücklich begründet sein.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Kiste Nr. 16